

Stellungnahme zur parlamentarischen Bürgerinitiative 54/BI 24. GP „fairändern“

Der Verein OMAS GEGEN RECHTS wendet sich aus folgenden Gründen ausdrücklich gegen die genannte Initiative:

1. Kriminalisierung. Abtreibung ist im Strafgesetzbuch geregelt (§§ 96, 97, 98). Daher bedeutet ein Verbot von Spätabtreibung, dass die Patientinnen sowie die ÄrztInnen, die trotzdem einen solchen Abbruch durchführen, mit Gefängnishaft bedroht werden, wenn sie die 12-Wochen-Frist überschreiten. Schwangere, die eine schlechte Diagnose des Ungeborenen erhalten haben, befinden sich in einer existenziellen Krise. Sie in dieser Situation so unter Druck zu setzen ist barbarisch. Wenn Anhängerinnen und Anhänger von „fairändern“ behaupten, sie wollten den Druck auf Schwangere senken, kann dies nur als Zynismus aufgefasst werden. Ein Verbot würde den Druck enorm erhöhen und ist daher abzulehnen.

2. Kontraproduktiv. Wenn unter Androhung von Gefängnisstrafe über Abbruch oder Fortsetzung einer Schwangerschaft entschieden werden muss, wird folgendes passieren: Föten mit unklarer Prognose werden im Zweifelsfall so schnell wie möglich abgetrieben, weil im Rahmen der 12-Wochen-Frist niemand mehr die Zeit hat, in Ruhe Untersuchungen anzustellen oder eine Vorstellung davon zu entwickeln, wie das Leben mit einem behinderten Kind gelingen könnte. Das heißt, es werden nicht mehr behinderte Menschen geboren, sondern weniger.

3. Scheinpolitik. Für die Lebenssituation von behinderten Menschen ändert sich durch ein Verbot von Spätabbrüchen nichts. Die Politik erhält lediglich ein Feigenblatt, mit dem sie ihre Versäumnisse bei der Gleichstellung kaschieren kann.

4. Salamiakt. Für ein Kompletterverbot der Abtreibung sind wahrscheinlich in Deutschland und Österreich derzeit noch keine Mehrheiten zu finden. Christliche FundamentalistInnen und weit rechts stehende „LebensschützerInnen“ sind jedoch international hervorragend vernetzt und mit enormen finanziellen Mitteln ausgestattet. Sie haben eine klare Agenda: gegen Frauenrechte, gegen körperliche Selbstbestimmung, gegen die Rechte von Homosexuellen, etc. Sie setzen auf eine Salamiaktik der kleinen Schritte. Das Ziel ist klar, wie wir in den USA oder Italien sehen: Dort wird schon über ein de facto Totalverbot von Abtreibung diskutiert.

Vor diesem Hintergrund dürfen wir keinerlei Rückschritte beim Selbstbestimmungsrecht der Frau hinnehmen. Als ältere Frauen haben OMAS GEGEN RECHTS die Verhältnisse vor Einführung der Fristenregelung in bitterer Erinnerung. Wir wissen nur zu gut, wieviel (völlig unnötiges!) Leid es verursacht, wenn Frauen nicht selbst über ihren Körper bestimmen können.

Schwangere entscheiden niemals leichtfertig über einen Abbruch. Statt die Kriminalisierung von Abtreibung zu verschärfen, wie es „fairändern“ fordert, sollten §§ 96, 97 und 98 endlich aus dem Strafgesetzbuch gestrichen und das Recht auf körperliche Selbstbestimmung auch für Frauen umgesetzt werden.

Monika Salzer und Susanne Scholl (Vorstand) OMAS GEGEN RECHTS Plattform für zivilgesellschaftlichen Protest ZVR 1257970000